# Märkische Linke

Die linke Zeitung für die Prignitz und Ostprignitz-Ruppin. **Ausgabe 10 / September 2025**

## Vorgestellt:
# Neumitglied Luisa

**Luisa Ziggel** ist 21 Jahre jung, gebürtige Prignitzerin und macht gerade eine Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten.
Bevor sie der Partei beitrat, hat sie sich schon länger mit verschiedenen Parteien beschäftigt und fand Die Linke *„schon immer sehr gut“*. Zudem sagt sie, dass jede Einstellung der Partei auch mit ihrer persönlichen Meinung übereinstimmt. Im November 2024 hat sie sich dann endgültig zum Eintritt entschieden. Sie begründet ihren Beitritt damit, dass sie selbst etwas machen möchte, um an positiven Veränderungen mitzuwirken.
Sie hat sich direkt in der Partei wohlgefühlt und wurde herzlich empfangen, sagte sie. Nach den ersten Treffen bemerkte sie schon: *„Es war und ist so ein schönes Gefühl, mit Leuten zusammenzusitzen, die exakt die gleiche Meinung haben wie ich selbst“*, und dass sie sich während der Treffen sehr wohlfühlt und sich wünscht, dass unsere Treffen nicht enden würden.
Ihre Arbeit und die Partei lassen sich laut ihr wunderbar verbinden, da die Treffen immer außerhalb ihrer Arbeitszeit stattfinden. Luisa hat auch schon Aufklärungsarbeit betrieben, bevor sie Mitglied wurde, aber durch den Beitritt hat sie mehr Selbstbewusstsein erlangt und fühlt sich gestärkt, wenn es um solche Themen und Argumentationen geht.
Derzeit ist sie aktiv dabei, mit einigen Genossen ein Konzert gegen Rechts in Karstädt auf die Beine zu stellen, und nimmt regelmäßig an Treffen und Aktionen teil.

■■ *FM glg*

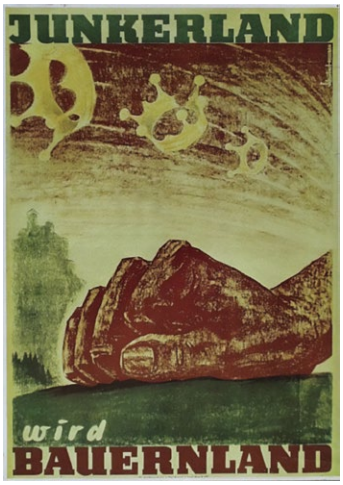
## Friedenstüchtig statt kriegstüchtig:
# Nein zur Militarisierung! Nein zum Krieg!

**Alljährlich ist der 1. September Antikriegstag: An diesem Tag hat 1939 Nazi-Deutschland Polen überfallen und den Zweiten Weltkrieg begonnen.**
Heute rüstet die Bundesregierung wieder massiv auf und verfolgt eine drastische Militarisierung. Sie will auch die Wehrpflicht wieder einführen. Gleichzeitig geht der Krieg Russlands gegen die Ukraine weiter. Nach dem Terrorangriff der Hamas macht Israel Gaza dem Erdboden gleich; Zehntausende Menschen sind vom Hungertod bedroht.
Friedrich Merz und seine Regierung wollen die Rüstungsausgaben in den kommenden zehn Jahren so erhöhen, dass fast die Hälfte des Bundeshaushalts – und damit die Hälfte der Steuergelder – in die Aufrüstung fließen. Bei dem, was wir alle zum Leben brauchen, wollen sie weiter kürzen.
Die Regierung macht Stimmung gegen Menschen in der Grundsicherung. Sie sorgt nicht dafür, dass es bezahlbaren Wohnraum für uns alle gibt. Für eine gute Gesundheitsversorgung und Schulen nimmt sie kein Geld in die Hand. Das heißt: Kein Ende der Zwei-Klassen-Medizin und des Pflegenotstands. Durch die Schuldächer regnet es weiter hinein, und die Klassen sind zu groß. Darum müsste sich die Regierung kümmern, wenn sie Sicherheit für junge Menschen schaffen will – statt sie zum Militär zu schicken.
Die Linke sagt: Aufrüstung sichert keinen Frieden! Geld für Schulen, bezahlbares Wohnen und gute Gesundheit statt für Tod und Elend. Stoppt die Waffenexporte, besonders in Kriegs- und Krisengebiete.
Nein zur Wehrpflicht! Freiwillige soziale Dienste und eine gute Zukunft für alle.

■■ *Gerlinde Krahnert*

# Ein Tag, an dem Kyritz in die Weltgeschichte einging

**Die demokratische Bodenreform,** in Kyritz am 2. September 1945 von Wilhelm Pieck verkündet, war ein entscheidender Schritt in der Nachkriegsgeschichte, der nicht nur die Agrarstruktur, sondern auch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Land veränderte. Nach dem Ende des von den Nazis angezettelten Zweiten Weltkriegs lag auch Deutschland in Trümmern, und die Notwendigkeit grundlegender Reformen war offensichtlich.




Die Bodenreform zielte darauf ab, Großgrundbesitz und Kriegsverbrecher zu enteignen und Acker, Wiesen und Wälder an Kleinbauern-, landlose Arbeiter- und Flüchtlingsfamilien zu verteilen. Dies sollte nicht nur die landwirtschaftliche Produktion ankurbeln, sondern auch soziale Gerechtigkeit auf dem Land fördern.
Die Reform wurde nur in der sowjetischen Besatzungszone konsequent durchgesetzt – wenn auch nicht ohne Widersprüche und neue Ungerechtigkeiten. Dennoch legte sie den Grundstein für eine demokratische und sozial gerechte Gesellschaft. Die Diversifizierung der Landwirtschaft trug zur Stabilität der ländlichen Regionen bei. Zudem förderte die Reform das Bewusstsein für Eigentumsverhältnisse und soziale Verantwortung.
Heute, 80 Jahre später, sind die Ziele dieser Reform aktueller denn je. In einer Zeit, in der Nachhaltigkeit und gerechte Verteilung von Ressourcen immer drängender werden, können wir aus den Lehren der Bodenreform schöpfen. Die Herausforderungen des Klimawandels und der globalen Ungleichheit erfordern innovative und gerechte Konzepte zur Landnutzung und -verteilung.
Die demokratische Bodenreform von 1945 erinnert uns daran, dass Veränderungen möglich sind, wenn der Wille zur Gerechtigkeit und zur demokratischen Teilhabe stark genug ist. Sie bleibt ein wichtiges Beispiel für den Einfluss von (Eigentums-)Reformen auf die Gesellschaft und die dringende Notwendigkeit, soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt politischer Entscheidungen zu stellen.
Deshalb erinnert Die Linke alljährlich am Denkmal in Kyritz auch an Artikel 14 Grundgesetz: (Boden-)Eigentum muss dem Allgemeinwohl dienen.

■■ *Kirsten Tackmann*

# Ja, sie haben RECHT!

**Der Linken-Politiker und Bundestagsabgeordnete Bodo Ramelow und der Historiker Iko-Sascha Kowalczuk haben gemeinsam den Stand der Dinge nach 35 Jahren „deutscher Vereinigung“ analysiert. Hier dazu meine Meinung:**

Es wurden gravierende Fehler bei der sogenannten Vereinigung gemacht, die sich als eine „Überstülpung“ des Westsystems über die DDR entpuppte. Es wurden Erwartungen an die Übernahme der D-Mark und der Freiheit geweckt, die jedoch nicht erfüllt wurden. Vor allem in der Wendezeit stieß die Arroganz der „Wessis“ vielen sauer auf. In diesem Zusammenhang möchte ich an die unrühmliche Rolle der Treuhandanstalt erinnern.
Immer wieder wurden „Ossis“ zurückgesetzt; alles, was eine Errungenschaft der DDR war, wurde arrogant weggewischt. Ich möchte hier nur beispielhaft auf die Polikliniken, die Kinderbetreuung, die Gleichberechtigung von Mann und Frau (die nicht nur auf dem Papier stand), die Abschaffung des § 218 BGB oder die einheitliche Schulbildung hinweisen.
Nach der Analyse der Autoren sehen viele im Westen heute gar nicht (allen voran die Regierenden), wie tief der Hass in weiten Teilen der ostdeutschen Bevölkerung sitzt. Und diesen Hass bzw. Unmut nutzt die AfD gnadenlos für ihre Zwecke. Es entstand eine neue Mauer, die das Ergebnis der letzten Bundestagswahl dokumentierte: Der Osten ist „blau“ geworden, frohlockt die AfD.
Ich teile die Meinung von Kowalczuk, dass eine Verfassungsdebatte, die der Westen 1990 verhindert hatte, ein Lösungsansatz für die Bewältigung der gegenwärtigen ideologischen Probleme sein könnte. Das Wesentliche ist jedoch, dass die „Wessis“ ihre immer noch vorherrschende Arroganz ablegen und endlich die „Ossis“ als gleichberechtigte Bürger wahrnehmen. Hierbei sollten die Politiker des Bundes voranschreiten. Ganz einfach gesagt: Endlich den „Ossis“ besser aufs „Maul“ schauen.

■■ *Achim Müller*

## So sehe ich das:

# Schämt Euch!

## Brosius-Gersdorf zieht ihre Kandidatur zurück

Offensichtlich ist es der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag doch noch einmal bewusst geworden, was das „C“ im Parteinamen bedeutet – nämlich „christlich“, allerdings nicht im Sinne zwischenmenschlicher und humaner Beziehungen, sondern einzig im Sinne von Abtreibungsgegnern. Dabei haben sie Fake News (in manipulativer Absicht verbreitete Falschmeldungen) intensiv genutzt. Offensichtlich passte es einem Teil dieser Fraktion nicht, dass mit Frau Brosius-Gersdorf eine emanzipierte, ihre Meinung offensiv vertretende Frau für das Amt der Bundesverfassungsrichterin kandidierte.

Ja, zu den Fragen der Schwangerschaftsabbrüche kann man unterschiedliche Meinungen haben. Aber nicht nur wir ehemaligen DDR-Bürger:innen, wo der § 218 BGB abgeschafft war, sondern auch 80 % der Wahlbürger:innen sind für ein geregeltes Abtreibungsrecht und fordern Straffreiheit für Ärzt:innen, die solche Abbrüche vornehmen (laut taz: 77,5 % der Unions-Wähler:innen, 93,4 % der Linken-Wähler:innen, 92,4 % der Grünen-Wähler:innen, 87,5 % der SPD-Wähler:innen und selbst die Mehrheit, nämlich 67,4 % der AfD-Wähler:innen). Dieses Thema war jedoch augenscheinlich nur der Aufhänger für eine rechtsextreme Hetzkampagne gegen die Potsdamer Jura-Professorin, die unserer Demokratie großen Schaden zugefügt hat. Nicht nur der Koalitionsfrieden zwischen SPD und CDU/CSU wurde massiv beschädigt (SPD-Fraktionschef Miersch spricht von „erschüttertem Vertrauen“), sondern auch das Ansehen des Bundesverfassungsgerichts, dessen neutrale Besetzung plötzlich zum parteipolitischen Zankapfel wurde.

Welche dubiose Rolle hierbei der in die Maskenaffäre verstrickte Jens Spahn spielte – der mittlerweile nur noch bei 18 % der Bevölkerung Vertrauen genießt – bleibt unbeantwortet.

Unsere Parteivorsitzende Ines Schwerdtner brachte es auf den Punkt:

*„Dass Frauke Brosius-Gersdorf nicht mehr antritt, aber jemand wie Jens Spahn Fraktionsvorsitzender bleibt, zeigt schon unser ganzes Problem.“*

■■ *Achim Müller*

**Ich wollte es wissen: Was bewegt die Einwohner:innen in unserer schönen Stadt? Welche Wünsche und Erwartungen haben sie gegenüber dem künftigen Bürgermeister Rheinsbergs?**

## Rheinsberg Wahlkampf

# Aus dem Tagebuch des Bürgermeisterkandidaten der Linken

Und so besuchte ich im August jeden einzelnen Ortsteil und sprach mit den Leuten. Am 15. August stellte ich mich unter dem Motto „Grill den Stärck“ den Fragen der Bürger:innen und führte bei Bratwurst und einem kühlen Getränk interessante und aufschlussreiche Gespräche in der „Bürgermeisterei“, ehemals Fachgeschäft für Demokratie in der Kernstadt. Auch beim „Trinken mit den Linken“ gab es einen regen Meinungsaustausch.

Die Themen waren allerorts ähnlich und trafen den Kern auch meiner Sicht auf die Probleme: ÖPNV, Ausbau des Radwegenetzes, Bürgersteige, Erhalt und Sanierung der Gemeindehäuser, der ständige Streit der Stadtverordneten, aber auch Fragen wie das Kurt-Tucholsky-Literaturmuseum, der Erhalt der Badestege, Bildung und die Sanierung der Sportstätten. Ein ganz wichtiges Thema war zudem der ständige Streit mit dem Landkreis – insbesondere mit dem Landrat – sowie die unsägliche Berichterstattung in den sozialen Medien.

Viele Menschen bestätigten mir, dass Rheinsberg eine Veränderung braucht!

Dafür stehe ich mit all meinen Ideen und meiner Kraft zur Verfügung.

■■ *Mario Stärck*

# Alles nur **Ablenkungsmanöver**

**Leben Alte auf Kosten der Jüngeren? Unsinn, meinen Mitglieder des Seniorenbeirats Wittenberge. Die Märkische Linke hat sie gefragt, was sie von einem sozialen Pflichtjahr für Rentnerinnen und Rentner halten.**

Die Linke ist fest davon überzeugt, dass die Renten sicher und auskömmlich für alle sein können, wenn der gesellschaftliche Reichtum anders verteilt würde. Aber da will niemand ran. Die einen wollen stattdessen das Rentenalter erhöhen, die anderen uns alle zu Aktionären machen. Nun kommt Marcel Fratzscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung mit dem Vorschlag, ein soziales Pflichtjahr für Rentner einzuführen.

**Was halten Sie davon?**

**Barbara Haak:**
Als Co-Vorsitzende des Wittenberger Seniorenbeirats lehnen wir die Idee eines sogenannten verpflichtenden sozialen Jahres für alle Rentnerinnen und Rentner grundsätzlich ab. Marcel Fratzscher begründet seinen Vorschlag damit, dass die Generationsgerechtigkeit zulasten der Jüngeren nicht mehr gegeben sei.

**Marina Lenth:**
Seine Argumentation ist trivial: Die ältere Generation müsse sich gesellschaftlich stärker einbringen, beispielsweise im Sozialbereich oder bei der Verteidigung, denn die Alten seien so viele und die Jungen vergleichsweise wenige.

**Stimmt das denn nicht? Der demografische Wandel ist ja offensichtlich.**

**Barbara Haak:**
Wir haben eher das Gefühl, hier wird ein Generationskonflikt zulasten der Älteren installiert – eventuell sogar, um den möglichen Abbau von sozialen Leistungen vorzubereiten.

**Marina Lenth:**
In seiner Einfachheit zielt der Vorschlag nach unserer Auffassung darauf ab, Generationen gegeneinander aufzubringen. Das lenkt von anderen Problemen und von anderen Möglichkeiten, mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen, ab.

**Aber wäre es nicht gut, die Jungen mit sozialem Engagement zu unterstützen?**

**Marina Lenth:**
Aber das passiert ja schon. Viele Ältere im Rentenalter bereichern freiwillig mit ehrenamtlichem Engagement das Leben in ihren Kommunen und darüber hinaus. Als Seniorenbeirat ist es uns wichtig darauf hinzuweisen, dass es ohne dieses Engagement der Älteren oft gar nicht ginge.

**Barbara Haak:**
Dass ein sogenanntes Pflichtjahr für Rentnerinnen und Rentner eine wirkliche Lösung sein kann, können wir uns

nicht vorstellen. Jedenfalls so lange nicht, wie einige Wenige immer reicher werden und andere – darunter eben besonders viele Ältere, die ihr Leben lang gearbeitet haben – an der Grenze zum Existenzminimum leben müssen.

*(Barbara Haak und Marina Lenth sind Co-Vorsitzende des Seniorenbeirats Wittenberge.)*

■■ *bms*

# „Neues Jahr, neues Glück?“

... dürfte auch in diesem Schuljahr wieder das Motto vieler Schulen in der Region sein. Während die zukünftigen Erstklässler neugierig und erwartungsvoll ihrem ersten Jahr in der schulischen Laufbahn entgegenblicken, gilt das für Rückkehrer, ältere Schülerinnen und Schüler sowie Schulleitungen und Lehrkräfte nur bedingt.
Zu viele Probleme haben sich angehäuft: volle Klassen, überfüllte Unterrichtsräume, Unterrichtsausfall in bislang ungekanntem Ausmaß, marode Schulgebäude, mangelhafte Ausstattung ... Zugegeben: Nicht alle Schulen leiden gleichermaßen darunter. Gleichzeitig gibt es keine Schule, die nicht mit wenigstens einem dieser Probleme zu kämpfen hat.
Auch wenn die Lehrkräfte ihr Bestes geben, um die Situation für Kinder und Jugendliche so erträglich wie möglich zu machen, werden sie spätestens zum Halbjahr vor neue Herausforderungen gestellt. Die vom brandenburgischen Landtag beschlossene Erhöhung der Lehrerarbeitszeit bei gleichzeitig noch unklarer Entlastung von bürokratischen Aufgaben wird jedenfalls nicht zur Attraktivität des Lehrberufs beitragen.
Geht es nach den Plänen der Landesregierung, ist das auch nicht mehr nötig – da über 300 Stellen gestrichen werden sollen. Gewerkschaften und Personalräte sind gegen die Pläne der Landesregierung Sturm gelaufen, bislang jedoch vergeblich. Auch die groß angelegte Lehrkräftedemonstration vor dem Potsdamer Landtagsgebäude blieb ohne nennenswerte Reaktion.
Statt der erhofften Verringerung des Unterrichtsausfalls wird nun eine Zunahme befürchtet – durch mehr Teilzeitanträge und Krankschreibungen.
Als Linke stehen wir an der Seite der Schulen und Lehrkräfte. Sie müssen unterstützt, nicht belastet, die finanziellen Mittel erhöht, nicht gesenkt werden.

Trotz der durch die Regierung geschaffenen Situation bleibt zum Wohle der Kinder und Jugendlichen zu hoffen, dass „neues Jahr“ wenigstens in diesem Jahr auch einmal „neues Glück“ heißt.

■■ *Leander Borgmann*

# AUS DEM Kreistag

Die Linke im Kreistag Ostprignitz-Ruppin

## Familienzentren dürfen nicht kaputt-gespart werden!

Die Kreisverwaltung in der Fontanestadt Neuruppin

Die Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin hat angekündigt, ab Ende 2025 die Zuschüsse für die stationären Familienzentren in Kyritz, Rheinsberg, Wittstock und Wusterhausen zu streichen. Stattdessen soll ab 2026 nur noch eine mobile Familienarbeit angeboten werden. Diese Entscheidung wurde ohne Beteiligung des Kreistags und seiner Ausschüsse getroffen – und das, obwohl es sich um eine wesentliche Frage der sozialen Infrastruktur handelt.

Für uns als Fraktion Die Linke ist klar: Familienzentren sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Sie bieten nicht nur Räume für Begegnung, Beratung, Bildung und Begleitung, sondern sind auch Orte gelebter Solidarität. Hier engagieren sich Ehrenamtliche, hier finden Kinder, Jugendliche und Eltern feste Ansprechpartner:innen, hier entsteht ein Stück Heimat. All das lässt sich nicht einfach „mobil" ersetzen.

Wir fragen uns, warum der Kreistag bei dieser weitreichenden Entscheidung übergangen wurde. Auf welcher rechtlichen Grundlage kann eine solch gravierende Umstrukturierung ohne Beschluss erfolgen? Und welche fachlichen Konzepte liegen überhaupt vor, um die mobile Arbeit aufzubauen – und wie soll garantiert werden, dass Familien in sozialen Notlagen nicht durchs Raster fallen?

Schon jetzt ist klar: Die Schließung der festen Standorte würde Personal, Ehrenamt und gewachsene Netzwerke zerstören. Familien, die auf kurze Wege und verlässliche Strukturen angewiesen sind, würden allein gelassen.

Deshalb fordern wir: Der Landkreis muss die stationären Familienzentren erhalten und gleichzeitig prüfen, wie zusätzliche mobile Angebote ergänzend aufgebaut werden können. Beides zusammen stärkt die soziale Infrastruktur – das eine gegen das andere auszuspielen, schwächt sie.

Die Linke steht an der Seite der Familien, Ehrenamtlichen und Träger. Wir unterstützen die Proteste vor Ort und setzen uns im Kreistag dafür ein, dass diese wichtigen Einrichtungen auch nach 2025 weiterfinanziert werden. Familienarbeit darf nicht vom Rotstift bestimmt werden – sie ist eine Investition in den sozialen Zusammenhalt unserer Region.

■■ *Holger Kippenhahn*

## Die Linke hilft.

### **Solidarität zeigen:** Die Linke Prignitz unterstützt das Frauenhaus – alle können mitmachen.

Endlich in Sicherheit, aber kein Geld fürs Essen? Das passiert immer wieder, wenn Frauen und ihre Kinder vor häuslicher Gewalt schnell aus den eigenen vier Wänden fliehen müssen. Ist einer der zehn Plätze im Prignitzer Frauenhaus frei, finden sie dort Zuflucht – oft am Wochenende oder völlig mittellos. Jede Frau im Frauenhaus muss sich und ihre Kinder selbst versorgen. Kann sie nicht einkaufen, bleibt der Kühlschrank leer. Im Etat des Frauenhauses ist für Lebensmittel kein Geld vorgesehen. Um Engpässe zu überbrücken und die Erstversorgung zu sichern, ist das Projekt deshalb auf Unterstützung von außen angewiesen. In einer Zeit, in der häusliche Gewalt und soziale Ungleichheit zunehmen, wollen wir praktisch helfen. Die Linke Prignitz sammelt Spenden für Verpflegungspäckchen zur Sicherstellung der Erstversorgung im Frauenhaus. Alle können mitmachen. Mit Ihrer Spende – ob groß oder klein – helfen Sie, Schutzräume zu erhalten und betroffenen Frauen eine Perspektive zu geben. Wer unterstützen möchte, kann sich per Mail an *vorstand@dielinke-prignitz.de* wenden.

Gemeinsam schaffen wir Sicherheit, Würde und neue Chancen. Seit der Gründung des Prignitzer Frauenhauses im Jahr 1991 fanden über 1.000 Frauen und ihre Kinder dort Zuflucht vor Gewalt. Personell ist die Einrichtung chronisch unterbesetzt. Die Kolleginnen garantieren mit hohem Einsatz einen sicheren Zufluchtsort sowie professionelle Hilfe beim Neuanfang. Auch eine externe mobile Beratung im ganzen Landkreis wird angeboten und vielfach genutzt. Diese wichtige Arbeit wollen wir mit Ihrer Hilfe unterstützen.

■■ *Thomas Domres*

# Integration kann funktionieren

**Marco Beckendorf ist verärgert über die deutsche Asylpolitik, die auf Abschottung setzt – und damit rechter Polemik noch mehr in die Hände spielt.**

Marco Beckendorf (Die Linke) ist seit zehn Jahren Bürgermeister der Gemeinde Wiesenburg.

Der Bürgermeister von Wiesenburg hat 2022 gemeinsam mit den Bewohner:innen der 200-Seelen-Gemeinde Schmerwitz, einem von 14 Ortsteilen seiner Gemeinde, erfolgreich gegen die vom Landkreis Potsdam-Mittelmark geplante Ansiedlung von 110 Asylbewerber:innen demonstriert.

Nicht, weil er und die Dorfbewohner:innen etwas gegen die Aufnahme von Geflüchteten gehabt hätten, sondern weil in dem kleinen Ort die Voraussetzungen fehlten: Es gab kein geeignetes Personal, um die Menschen zu unterstützen, keine Arbeitsmöglichkeiten, eine schlechte Anbindung und zu weite Wege zu den Deutschkursen. Außerdem wollten die meisten Geflüchteten in die Stadt, nicht aufs Land.

Dennoch hat die Dorfgemeinschaft Geflüchtete aufgenommen und sogar entschieden, dass sie bleiben dürfen. Marco Beckendorf war es, der das Projekt *Exile Media Hub* – in dem 37 geflüchtete Journalist:innen und andere Kreativschaffende in einer ehemaligen Kaserne leben und arbeiten – in der Gemeinde angestoßen und gemeinsam mit Klaas Glenewinkels NGO *Media in Cooperation and Transition* umgesetzt hat.

Für ihn gehört das Hub zu einer aktiven Regionalentwicklung, bei der sich auch Geflüchtete bewusst für einen Ort entscheiden. Er will mit dem *Exile Media Hub* dazu beitragen, dass Brandenburg für Weltoffenheit steht, für funktionierende Gemeinden und ein lebenswertes Leben auf dem Land.

Beckendorf betont zudem, dass man bedenken müsse, wie sehr es sich in den Herkunftsländern herumspricht, wie Geflüchtete hierzulande behandelt werden. Deutschland ist als Exportland auf einen guten Ruf in der Welt angewiesen.

Und er ist überzeugt davon, dass ein solches Projekt auch für andere Berufsgruppen funktionieren kann. In Neuruppin könnte beispielsweise eine Gemeinschaftsunterkunft für Pflegehilfskräfte entstehen. Möglich wäre es dort, Deutschunterricht und eine Umschulung gemeinsam mit den medizinischen Einrichtungen der Region zu organisieren.

Leider hat die Idee für Neuruppin bislang noch nicht gezündet – in Beelitz werden jedoch bereits konkrete Pläne dafür entwickelt.

Marco Beckendorf treibt die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in Brandenburg um. Angesichts von Fachkräftemangel und Überalterung der Gesellschaft müsse auch in der Flüchtlingspolitik vieles anders und besser gemacht werden. Es würde schon helfen, wenn die Bildungsabschlüsse und Berufe von Geflüchteten bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen erfasst würden.

Außerdem müssten die Landkreise vor der Zuweisung prüfen, wie es vor Ort um Kita- und Schulplätze, Ausbildungsmöglichkeiten oder die ÖPNV-Anbindung zu Aus-, Weiterbildungs- und Studienmöglichkeiten bestellt ist. Das könnte eine planvollere Zuweisung ermöglichen und etwa eine Debatte über Migrationsquoten an Schulen überflüssig machen.

Auch wünscht er sich ein Vetorecht für Kommunen bei Abschiebungen – wohl wissend, dass dies Gesetzesänderungen voraussetzen würde. Denn Beckendorf ist überzeugt: Geflüchtete wären stärker motiviert, sich zu integrieren, wenn sie sehen, dass die Kommune die Hand über gut Angekommene hält.

Absolut fahrlässig und verantwortungslos findet er es dagegen, wenn bei Integrationsarbeit der Rotstift angesetzt wird.

Am Ende, so warnt er, dauert Integration dann länger – und wird teurer.

Der Ausländeranteil in der Gemeinde Wiesenburg/Mark liegt bei knapp 8 Prozent. Auf rund 4.200 Einwohner:innen kommen 321 Ausländer:innen, davon etwa 66 aus der EU.

■■ *Gerlinde Krahnert*

# Asylrecht verteidigen

Migration hat es schon immer gegeben. Menschen machen sich aus unterschiedlichsten Gründen auf den Weg und suchen nach einem sicheren und besseren Leben. Migration ist dabei oft das Resultat globaler Ungerechtigkeiten, der Klimakrise sowie von Kriegen und Konflikten.
Deutschland ist längst ein Einwanderungsland: Etwa ein Viertel der hier lebenden Menschen hat eine Einwanderungsgeschichte. Menschen mit Migrationsgeschichte gehören zu unserer Gesellschaft und leisten einen wichtigen Beitrag zu ihrem Funktionieren – wirtschaftlich, kulturell, menschlich, als Freund:innen.
Gegenwärtig erleben wir einen Überbietungswettbewerb um die radikalsten Forderungen nach Abschottung und Asylverschärfungen. Es wird so getan, als gäbe es einen Zusammenhang zwischen schweren Straftaten und der Kultur oder Herkunft von Menschen. Doch Kriminalität hat immer vielfältige soziale Ursachen. Menschen, die migrieren, pauschal für Unsicherheit verantwortlich zu machen, ist daher sachlich falsch.
Durch zunehmenden Hass und Hetze werden Menschen mit Migrationsgeschichte eingeschüchtert, sie fühlen sich nicht mehr sicher, rechte Straftaten nehmen zu.
Wir machen unsere Nachbar:innen nicht zu Sündenböcken von Kürzungspolitik und Missmanagement. Wir stehen immer und überall für Menschenrechte und für das Grundrecht auf Asyl ein. Die Linke steht für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft, in der alle Menschen – unabhängig von Pass, Herkunft, Hautfarbe, kultureller oder religiöser Zugehörigkeit – die gleichen Rechte und Chancen haben.

Wir gehen keinen Zentimeter nach rechts!

■■ *red*

# Was mein Besuch im Supermarkt mit dem Sommerinterview von Friedrich Merz zutun hat

Ich stehe vor der Kasse meines Supermarktes. Hinter mir schimpft es:
*„Die Ukrainer kriegen alles geschenkt und wir müssen um alles kämpfen“.*
– Nee, denke ich, jetzt sage ich mal was. Ein Wort gibt das andere, und was die Schimpfende aus ihrem Leben erzählt ist wirklich ungerecht und hat meine Anteilnahme. Nur hat es mit den Ukrainern wenig zu tun. Andere pflichten ihr bei und schimpfen auf die Bürgergeldempfänger – die bekämen ja auch alles. Genau so wie Friedrich Merz im ARD-Sommerinterview. Mieten bis zu zwanzig Euro pro Quadratmeter würden vom Jobcenter gezahlt, behauptet er und das mache uns arm. Wo lebt der Mann? 20 Euro!
Nachher gibt es dann den Faktencheck: solche Summen kommen in 0,42 Prozent der Bürgergeldfälle vor. Aber wer liest schon den Faktencheck?
Und es geht weiter:
Merz fordert die Deckelung der Übernahme von Mietkosten durchs Amt und die Pflicht zum Wohnungswechsel bei Überschreitung. Das gibt es alles längst. Aber so schürt man Stimmung. Die BILD-Zeitung titel tags drauf: *„Jetzt könnte es für Bürgergeld-Empfänger auch in großen Wohnungen enger werden!“*
Selbst gegen die Aufstocker, die, die so wenig verdienen, dass sie dazu noch Bürgergeld brauchen (immerhin jeder fünfte Bezieher in Brandenburg), macht Merz Stimmung. Er bringt sie geschickt in Verbindung mit der Zunahme von Teilzeitarbeit und mutmaßt, dass viele von ihnen schwarzarbeiten und obendrauf noch Geld vom Amt beziehen.
Ach, ich wünsche mir so sehr eine Supermarktschlange, in der sich über diese Dreistigkeit aufgeregt wird. Ich würde sofort mitschimpfen. Und zu den Ukrainern, da wäre auch so Vieles richtig zu stellen. Aber dazu vielleicht in der nächsten Ausgabe.

■■ *bms*

# Jugend Kunst Sommer 2025

In der letzten Augustwoche fand der internationale Jugendkunstsommer in Flecken Zechlin statt. Jugendliche im Alter von 15 bis 26 Jahren aus Spanien, Polen, Tschechien und Deutschland kamen in unserem schön gelegenen Haus am See zusammen, um gemeinsam eine kreative Zeit zu verbringen. In sechs verschiedenen Workshops tauschten sie sich aus und wurden gemeinsam kreativ. Angeboten wurden Graffiti, Musik, Zeitschriftengestaltung, Töpfern, Theater und Film.
Drumherum gab es ein buntes Freizeitprogramm mit Disco, Karaoke und allem, was den Jugendlichen Spaß gemacht hat. Baden und abendliche Lagerfeuer gehörten natürlich auch dazu. Der Jugendkunstsommer stand dieses Jahr unter dem Motto *Gender: What even is that?* In den Workshops haben sich die jungen Leute kreativ mit queeren Identitäten, Feminismus und Rollenbildern beschäftigt – und es entstanden wirklich sehens- und hörenswerte Projekte.

In der Woche vom 11.08. bis zum 16.08. hatte ich bereits den Kinderkunstsommer in der DGB-Jugendbildungsstätte begleitet. Auch hier hatten wir 54 Teilnehmende aus Polen, Tschechien und Berlin-Brandenburg zu Gast, die in fünf Workshops gearbeitet und eine tolle Woche erlebt haben.

■■ *Mario Stärck*

# Kurz & knapp

**Neuruppin: Schulen suchen Helfer:innen fürs Lernen**
Für die Grundschulen in Gildenhall und Alt Ruppin sowie für die Fontane-Schule in Neuruppin sucht die Stadt für das kommende Schuljahr, möglichst ab 15. September, ehrenamtlich engagierte Helfer:innen. Sie sollen Schüler:innen der Klassen 1 bis 6 regelmäßig beim Lesen, Lernen und bei den Hausaufgaben unterstützen. Das Angebot findet in der jeweiligen Schule statt.
Die Wochentage und Zeiten werden individuell vereinbart. Die Stadtverwaltung bittet dringlich:
*„Helfen Sie mit, den Schülerinnen und Schülern das Lesen und Lernen zu erleichtern!“*
Wer Interesse hat, meldet sich telefonisch oder per Mail bei Linda Reske im Amt für Bildung und Soziales der Stadtverwaltung Neuruppin: 03391/355677 oder: *linda.reske@stadtneuruppin.de.*

Die AfD benennt unter anderem ihren Bundestagsabgeordneten Kay-Uwe Ziegler als Mitglied der neuen Kommission zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie. So geht es aus einer aktuellen Mitgliederliste zur Enquete-Kommission des Bundestages hervor. Im vergangenen Jahr wurde der AfD-Politiker rechtskräftig dafür verurteilt, während der Pandemie staatliche Hilfen für sein Unternehmen erschlichen zu haben. Nach einem bereits in der vergangenen Legislatur begonnenen Streit um das richtige Format für die Corona-Aufarbeitung hatte der Bundestag im Juli die Einsetzung der Enquete-Kommission beschlossen. Ihr Titel: „Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse“. Darin sollen Abgeordnete und externe Sachverständige nicht nur analysieren, was während der Corona Krise schief lief, sondern auch, wie Deutschland sich für künftige Pandemien wappnen kann. Am Ende werden sie dem Bundestag Empfehlungen vorlegen. 14 Abgeordnete sind ordentliche Mitglieder der Kommission, fünf für CDU/CSU, drei jeweils für AfD und SPD, zwei für die Grünen und einer für die Linksfraktion. Grüne und Linke fordern zusätzlich zu der Enquete-Kommission weiterhin einen Untersuchungsausschuss, der mehr Rechte hat, zur Rolle des ehemaligen CDU-Gesundheitsministers Jens Spahn bei der Beschaffung von Schutzmasken während der Coronazeit.

Wir leben seit Jahren über unsere Verhältnisse“, kritisierte Bundeskanzler Merz Ende August auf dem Landesparteitag der CDU in Bonn. Erneut fordert der Bundeskanzler Einschnitte im Sozialsystem.

# Termine

**jeden Di und Do // 10 Uhr**
**politische Diskussionsrunden im „Linkseck“, Wilsnacker Straße 1, Kyritz**

**Sa 13.09. // 10 Uhr**
**Neumitgliedertreffen Fachgeschäft für Demokratie, Schlossstraße 20, 16831 Rheinsberg**

**Mo 15.09. // 18:30 Uhr**
**Brettspieltreff „Zum roten Würfel“, Schinkelstraße 13, 16816 Neuruppin**

**Mi 17.09. // 18 Uhr**
**Beratung des Kreisvorstandes Die Linke OPR Schinkelstraße 13, 16816 Neuruppin**

**Sa 13.09. // 10 Uhr**
**Trinken mit den Linken Fachgeschäft für Demokratie, Schlossstraße 20, 16831 Rheinsberg**

**Sa 20.09. // 12 Uhr**
**Kinder- und Familienfest, Mehrgenerationenhaus „Krümelkiste“, Neuruppin**

**Sa 20.09. & So 21.09.**
**Aktivenkonferenz der Linken Brandenburg, Jugenddorfwerk Gnewikow**

**Fr 28.09. // Bürgermeisterwahl in Rheinsberg**

**Di 02.10.**
**Eröffnung Wahlkreisbüro Christin Wilnat, MdB in Kyritz**

**Impressum**

Märkische Linke, Meinungsmedium von Die Linke OPR und PR,
Herausgegeben von Die Linke OPR Kreisvorstand: Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin, kv@dielinke-opr.de und Die Linke Prignitz Kreisvorstand: Bäckerstraße 21, 19348 Perleberg vorstand@dielinke-prignitz.de
V.i.S.d.P: Ronny Kretschmer und Thomas Domres

Redaktion: Jürgen Schubert, Achim Müller, Gerlinde Krahnert, Julia Köppe, Ronny Kretschmer
Satz und Layout: Caroline Cave

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autor:innen nicht unbedingt von Redaktion und Herausgeberin wieder.

Die Redaktion bedankt sich für die Zusendung von Artikeln, Bildern und Informationen.

Spendenkonto für Druckkosten:
DE47 1606 1938 0001 6323 61
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG